

## HAUSHALTSPLAN 2025

# „VERNUNFT WAHREN UND CHANCEN ERGREIFEN“

Verehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung,

ich lege ihnen heute den Haushaltsplan für das Jahr 2025 vor. Im Wesentlichen ist er gekennzeichnet von den Ergebnissen der Beratungen und Beschlüssen, die wir in den zurückliegenden Monaten hier in diesem Hause getroffen haben.

Wir haben den Haushalt überschrieben mit dem Anspruch:

**„Vernunft wahren und Chancen ergreifen“.**

Das ist die Leitlinie, mit der der Magistrat und die Stadtverwaltung auf der Grundlage Ihrer Beschlussempfehlungen und Vorschläge dieses mehrere tausend Seiten starke Zahlenwerk zusammengestellt haben. Der Haushalt ist ein Abbild der Arbeit dieses Hauses und greift natürlich auch die sich rasant verändernden Rahmenbedingungen auf.

Allerdings, und das sollten wir bedenken, er ist auch gekennzeichnet von den Erwartungen und Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene, die natürlich auf unsere Finanzausstattung hier in Hünfeld Einfluss nehmen. Und die Rahmenbedingungen sind gegenwärtig nicht positiv, wie wir allabendlich in den Nachrichtensendungen zur Kenntnis nehmen müssen. Die wirtschaftliche Stagnation, die uns hier in Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft härter trifft als viele unserer Nachbarn in Europa, hat naturgemäß Einfluss auch auf unsere Finanzausstattung. Deutschland hat in der EU in Bezug auf Wachstumsraten wieder die rote

Laterne übernommen, der einstige Motor der Europäischen Union stottert heftig. Und das hat viele auch hausgemachte Ursachen. Da muss schon mal die Frage erlaubt sein: Was haben unsere Nachbarn in Europa besser gemacht als wir?

Die jüngste Steuerschätzung von Ende Oktober geht von Mindereinnahmen von insgesamt 58,1 Milliarden Euro bis zum Jahr 2028 aus. Im kommenden Bundeshaushalt fehlen weitere 12,6 Milliarden Euro. Die Kommunale Familie trifft es im nächsten Jahr bundesweit mit 600 Millionen Euro. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Fehlen Bund und Ländern Einnahmen, dann leiden darunter auch die Kommunen in den Förderprogrammen und durch die Gesamtsystematik der Finanzbeziehungen.

Es ist ein beliebtes Unterfangen, dass Städte und Gemeinden, die am unteren Ende der fiskalpolitischen Nahrungskette stehen, da oft den Kürzeren ziehen. Das erleben wir gegenwärtig wieder auf vielen Ebenen. Der Bund baut trotz allem einen Haushalt auf steuerliche Einnahmeerwartungen auf, die schon obsolet waren, bevor sie niedergeschrieben worden waren. Bund und Ländern wachsen beispielsweise bei den Pensionsverpflichtungen die Aufwendungen über den Kopf, obwohl dies schon seit Jahrzehnten erwartet werden musste. Das Land Hessen ist durch die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche strukturell besonders gebeutelt. Wir leben von den Wirtschaftszweigen wie Automobilwirtschaft, Finanzwirtschaft und Zulieferer, die im Moment in besonderer Weise darben und an verunsichernden politischen Rahmenvorgaben leiden.

Wir haben in Deutschland einen großen Reformstau. Wir erleben eine mangelnde Bereitschaft, die großen Fragen wirklich anzupacken. Wir haben

Fesseln, die wir uns durch eine überbordende Bürokratie selbst auferlegt haben, und sind kaum bereit, diese endlich abzubauen.

Das Ganze findet statt in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem der Zusammenhalt immer mehr verloren zu gehen scheint. Wir brauchen nicht weit zu schauen, wenn wir uns die Wahlergebnisse im benachbarten Thüringen vergegenwärtigen. Und wir brauchen da nicht die Nase zu erheben, wenn wir unsere Europawahlergebnisse in der Region ansehen. Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen, hatte der seinerzeitige Bundespräsident Roman Herzog in den 90er Jahren gefordert. Heute würde er vermutlich von einem Tritt in den Allerwertesten sprechen.

Ich will aber nicht nur schwarzmalen, denn dazu haben wir gerade in Hünfeld keinen Anlass. Doch wir müssen uns dieses Umfeldes immer wieder bewusst sein, auch wenn wir über die Zahlen unseres Haushaltes sprechen.

Das gesellschaftliche Umfeld sollte uns mindestens ebenso vor Augen sein. Wir haben, und da bin ich in meinem fünften Amtsjahr sehr stolz auf unser Hünfeld, eine noch weitgehend intakte Stadtgesellschaft mit Zusammenhalt, mit Hilfsbereitschaft und einem ehrenamtlichen Engagement, das sich trotz aller Entwicklungen sehr gut sehen lassen kann. Diesen Zusammenhalt haben wir auch, weil die Menschen spüren: Sie werden mit ihren Anliegen gehört. Sie können sich aktiv einbringen und mitgestalten.

In der letzten Sitzung hatte Ihnen der Magistrat einen Bericht über den Vollzug der Handlungsempfehlungen des Leitbildes aus der Mitte der Bürgerschaft vorgelegt. Weiterhin haben Sie einen Bericht über den Vollzug des Klimaaktionsplans der Stadt Hünfeld erhalten. Wir arbeiten die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger konsequent ab. Was machbar ist,

das tun wir. Und das tun wir meist, zum Glück, mit breiter Einmütigkeit hier in diesem Hause. Wir ringen um Sachthemen, sie werden diskutiert in den Gremien, Kommissionen und Ausschüssen. Und so kommen wir zu guten Lösungen. Sie sind das Ergebnis bürgerschaftlichen Wollens und einer auf Ergebnisse ausgerichteten Arbeitskultur hier in diesem Hause. Das ist eine große Stärke, die wir uns bewahren sollten, denn sie strahlt letztlich auf das Miteinander in unserer Stadtgesellschaft aus. Eine solch offene und transparente Arbeitskultur schafft Vertrauen – Vertrauen in demokratische Institutionen unserer Stadt – und verhindert letztlich destruktive Spaltung.

Sie werden angesichts der Vorrede überrascht sein: Es gelingt uns wieder, einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Allerdings nur, weil wir in erheblichen Maße noch auf Rücklagen zugreifen können, die wir dank einer umsichtigen Haushaltspolitik in den zurückliegenden Jahren quasi angespart haben. Im ordentlichen Ergebnis sieht der Plan einen Fehlbetrag von 584.309 Euro vor, den wir über eine Entnahme aus der Rücklage ausgleichen können. Wir werden entgegen der letztjährigen Planung keine neuen Schulden machen und werden die Verbindlichkeiten bis Ende des Jahres auf insgesamt 2.583.171,68 Euro senken. Und das gilt einschließlich der Finanzierungsmittel im Abwasserbereich, die wir in den Haushalt integriert haben nach der Auflösung des Eigenbetriebes. Das sind pro Kopf rund 150 Euro und sicher ein Betrag, der unsere Bürger im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen etwas ruhiger schlafen lässt. In diesen Kreditverpflichtungen stecken Hessische Investitionsfondsdarlehen, langfristige Darlehen aus der Kofinanzierung vom Kommunalen Investitionsprogramm KIP und von den Flurbereinigungsverfahren. Der jährliche Schuldendienst, die Tilgungsleistungen, betragen 2025 etwa 265.000 Euro. Das gilt zumindest für den Status quo.

Allerdings muss ich Ihnen schon heute ankündigen, weitere große Investitionen werden wir in den kommenden Jahren voraussichtlich nur stemmen können, wenn wir uns dafür auch Finanzierungsmittel vom Kreditmarkt holen. Das scheint mir aber angesichts unserer bislang geringen Verschuldung verantwortbar, solange wir damit keine konsumtiven Ausgaben bestreiten, sondern nachhaltig investieren.

Das Schuldenthema drückt uns also gegenwärtig nicht so sehr. Allerdings, und das kann ich nicht verhehlen, die Wirtschaftsflaute, die drückt uns dagegen sehr. Hinzu kommt die Ihnen bekannte Systematik der Umlagen beispielsweise bei der Kreis- und Schulumlage. Da werden wir aufgrund der Ergebnisse der vergleichsweise guten vergangenen Haushaltsjahre, es zählt das zweite Halbjahr 2023 und das erste Halbjahr 2024, zeitverzögert im kommenden Jahr stärker zur Kasse gebeten, obwohl unsere Einnahmeerwartungen dann geringer sind. Zum Beispiel steigt die Kreisumlage wegen dieser Berechnung der der Ausgleichssystematik zur unterstellten Finanzkraft von 9.415.302 Euro im Vorjahr auf 10.200.000 Euro. Bei der Schulumlage werden wir durch diesen Mechanismus einer Steigerung von 5.389.852 Euro auf 5.840.000 Euro ausgesetzt. Alles in allem sprechen wir hier von einer Haushaltsverschlechterung im Vergleich zu den Prognosedaten aus dem Vorjahr von rund zwei Millionen Euro, die wir bei unserer Finanzplanung noch im letzten Jahr nicht erwarten konnten. Das ist ein großer Brocken. Umso mehr ist anzuerkennen, dass wir im Ergebnis nur zu einem Fehlbetrag von 584.309 Euro kommen, den wir noch aus unseren Ergebnisrücklagen bestreiten können. Aber auch das ist mit Blick auf den angestrebten Realkapitalerhalt endlich. Und das sollte uns klar sein. Hätten wir nicht schon in der Vergangenheit Wünschenswertes vom Notwendigem unterschieden, so würden wir von ganz anderen Zahlen

sprechen. Wir haben solide gewirtschaftet und vernünftig investiert, sind keinen fiskalpolitischen Abenteuern erlegen. Und das zahlt sich gerade in schlechteren Jahren aus. Ich glaube, man kann hier schon fast von einer guten Tradition sprechen: Wir halten unseren Laden finanzpolitisch in Schuss – und das soll auch unter meiner Verantwortung so bleiben. Es ist nicht die Zeit für Abenteuer und Hirngespinnste, wir wollen nicht auf Kosten kommender Generationen leben. Wir verfrühstücken nicht die Zukunft unserer Kinder. Und trotzdem investieren wir in die Zukunft, halten unsere Infrastruktur instand und sind noch in der Lage, uns kommenden Herausforderungen zu stellen, auch wenn wir das in Zukunft zum Teil zur Liquiditätssicherung aus Kreditmitteln decken müssen. Umso mehr muss auch in Zukunft der Grundsatz für uns alle gelten: Wünschenswertes von Notwendigem zu unterscheiden. Ich möchte hier keinen Ausflug zum Thema Schuldenbremse machen, aber hätte man sich das höheren Ortes zur Handlungsmaxime gemacht, brauchten wir diese aktuelle Diskussion nicht zu führen.

Ich möchte hier noch einmal die Überschrift unseres Haushaltes in Erinnerung rufen:

**„Vernunft wahren und Chancen ergreifen“.**

Bevor wir auf die Vorhaben und Maßnahmen dieses Haushaltes eingehen, müssen wir einen Blick auf die finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werfen. Wie eingangs schon erwähnt: Das, was unser Bundesfinanzminister als Haushalt für das kommende Jahr vorgelegt hat, steht auf tönernen Füßen. Dazu vielleicht einige Zahlen aus unserer Haushaltsentwicklung, die das mehr als deutlichen machen.

Im laufenden Haushaltsjahr ist der kommunale Einkommenssteueranteil der Stadt Hünfeld mit insgesamt 10.040.000 Euro kalkuliert. Für das erste Quartal des laufenden Jahres lagen die Einnahmeerwartungen noch bei rund 2,9 Millionen Euro. Das ist zwar traditionell das einnahmestärkste Quartal. Diese Summe ist im zweiten Quartal aber auf 2.388.938,55 Euro deutlich zurückgegangen. Für das dritte Quartal liegt die Prognose bei nur noch 2.220.782,63 Euro. Wir gehen davon aus, dass wir hier hinter unseren Einnahmeerwartungen um 300 000 Euro zurückbleiben. Das ist sicher auch ein Spiegelbild für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr und zeigt auf, wir stecken bereits mitten in einer Krise. Sinkende Steuereinnahmen heißen, die Arbeitnehmer und Selbstständigen verdienen weniger und zahlen folgerichtig weniger Steuern. Und das ist nichts Anderes als Krise.

In dieser Situation wird ein nach wie vor kameralistischer Bundeshaushalt aufgestellt, der den Werteverzehr im Gegensatz zur Doppik nach wie vor nicht abbildet, sondern sich allein auf Ein- und Auszahlungen stützt. Darin gibt es eine Deckungslücke von 12 Milliarden Euro, die durch globale Minderausgaben eingespart werden soll. In dieser Größenordnung bislang sicher ein einmaliger Vorgang. In einer Betriebsbilanz eines Unternehmens würde man wohl eher von ungedeckten Schecks und Luftbuchungen sprechen. Angesichts der engen Verflechtungen zwischen Bundes- und Landeshaushalten hat das natürlich mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf unsere kommunale Finanzausstattung. Höchste Vorsicht ist deshalb angezeigt.

Eine beliebte Spielwiese für alle Landesregierungen der Vergangenheit, gleich welcher Couleur, ist der kommunale Finanzausgleich. Eigentlich ist der Finanzausgleich das zentrale Instrument, um den Finanzbedarf zwischen sehr einnahmestarken und weniger einnahmestarken Kommunen

auszugleichen und somit dem Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen zu entsprechen. Mein Amtsvorgänger Dr. Fennel hat Jahrzehnte lang darum gekämpft, dass sich darin der unterschiedliche Ausgabebedarf von Speckgürtelgemeinden, Mittelzentren und großflächigen Landkommunen besser widerspiegelt, letztlich mit einem großen Teilerfolg. Mein Vorgänger Stefan Schwenk hat sich gegen den Griff in den Finanzausgleich bei der Abschaffung der kommunalen Solis gewehrt. Heute steht das Thema wieder auf der Agenda.

*„Angesichts des hohen finanziellen Gewichts des Kommunalen Finanzausgleichs für den Landeshaushalt kann dieser Bereich von den umfassenden Konsolidierungsüberlegungen des Landes nicht ausgenommen werden“*, heißt es dazu in einem Schreiben des Finanz- und des Kommunalministers an den Hessischen Städtetag. In konkreten Zahlen heißt das schon jetzt, dass der kommunale Finanzausgleich in Hessen voraussichtlich mit 500 Millionen Euro geringer ausgestattet wird, als dies uns noch im vergangenen Jahr nach den Planungsdaten der seinerzeitigen Hessischen Landesregierung, dem sogenannten Finanzplanungserlass, vorgerechnet worden war. Der KFA darf nicht als Steinbruch für die ungedeckten Finanzbedarfe des Landes missbraucht werden. Die Größe des Ausgleichstopfes müsste sich dagegen nach dem Bedarf der kommunalen Familie richten! Und es ist nicht absehbar, was da noch Weiteres auf uns zukommen wird.

Hinzu kommen auch andere Themen, die den Bürgermeistern landauf, landab die Sorgenfalten förmlich in die Stirn meißeln. Sorgen muss uns beispielsweise die ÖPNV-Finanzierung bereiten. Hier haben wir auf der einen Seite eine hohe Erwartungshaltung der Bürger, gespeist von der Lebenswirklichkeit in großen Ballungszentren, dass alles besser und vor

allem für den Verbraucher noch billiger werden möge im Sinne der Verkehrswende. Diese Erwartung geht allerdings an der Realität des ländlichen Raumes völlig vorbei. Hier ist ein Mehr schlichtweg wegen der dünnen Besiedlung und der wenigen Fahrgäste kaum darstellbar. Bestenfalls kann man hier nach intelligenteren Wegen suchen, die Mobilität dem Bedarf besser anzupassen. Eine nennenswerte Ausweitung wird allerdings angesichts der Rahmenbedingungen nicht darstellbar sein, zumal besonders wir hier mit einer Verachtfachung des kommunalen Zuschusses zur LNG aufgrund der strukturellen Veränderungen bedroht sein werden. Die Finanzierungsvereinbarung zwischen Land und den Hessischen Verkehrsverbänden läuft zum Jahresende aus. Hier können wir nur hoffen, dass trotz der finanziellen Situation die Regierungskoalition in Wiesbaden zu ihrem Wort steht, die Zuweisungen aus originären Landesmitteln aufstockt und nicht noch der Versuchung erliegt, sich auch da aus dem kommunalen Finanzausgleich zu bedienen. Unser Ziel ist es, die kommunalen Anteile an der LNG an unsere Stadtwerke zu übertragen, damit diese Ausgaben möglicherweise so gestaltet werden können, damit wir wenigstens von einem Teil der horrenden Mehrkosten durch den steuerlichen Verbund entlastet werden.

Auch die gegenwärtige Landesregierung verkennt die desaströse Finanzsituation vieler Kommunen schon heute. Der Finanzierungssaldo, also das Delta zwischen Einzahlungen und Auszahlungen hessischer Kommunen, ist im vergangenen Jahr nach einigen Jahren der Konsolidierung wieder kräftig ins Minus gerutscht und lag bei einem landesweiten Fehlbetrag von fast 694 Millionen Euro. Wir sind davon zwar weit entfernt, aber auch uns treffen Entscheidungen, die diese Betrachtung außer Acht lassen. Da ist es wenig hilfreich, wenn das Land den Kommunen das Recht zu einer höheren Verschuldung einräumen will. Unter der

Verantwortung des seinerzeitigen Finanzministers Dr. Thomas Schäfer hatten wir uns ja gerade erst vom Status eines kommunalen Hochschuldenlandes ein wenig erholt. Dahin will doch keiner zurück!

Ein weiteres heißes, finanzpolitisches Eisen ist die Neuordnung der Grundsteuern. In unserer Hebesatzsatzung, die Sie soeben beraten haben, wollen wir eine weitgehende Aufkommensneutralität erreichen. Deshalb haben wir uns strikt an die Empfehlungen des Landes gehalten und sehen eine Festsetzung des Hebesatzes bei der Grundsteuer A von 236,12 % und bei der Grundsteuer B von 189,52 % vor. Die krummen Zahlen machen schon sehr deutlich, wir haben die Empfehlungen des Landes rechnerisch 1:1 umgesetzt. Der Gewerbesteuerhebesatz soll bei unverändert 370 % bleiben. Wir hoffen, dass wir mit diesen Hebesätzen das Aufkommen vergangener Jahre erreichen werden, obwohl manche Grundstückseigentümer weniger, einige dafür aber aufgrund der veränderten Festsetzung der Messbeträge durch die Finanzämter mehr zahlen müssen. Das liegt aber nicht in unserer Hand.

Schließlich haben wir auch noch die aus meiner Sicht unsäglichen Ergebnisse des Zensus, die in keiner Weise mit den Einwohnerzahlen aus den Meldedaten im Einklang stehen. Auch das kann erhebliche Auswirkung auf die Finanzausstattung haben.

Kommen wir zum Thema Förderung: Wir haben davon in den zurückliegenden Jahren sehr profitiert, aber letztlich wäre auch hier eine Stellschraube, die Finanzausstattung der Kommunen angesichts der finanzpolitischen Gesamtsituation zu verbessern. Es geht um die zahllosen Förderprogramme. Es würde ja schon einen großen Schritt nach vorn bedeuten, wenn man die Vielzahl an Fördertöpfen administrativ

verschlanken würde, das heißt, den Kommunen mehr Vertrauen schenken würde, die Fördergelder vernünftig auszugeben, denn im Zweifel kennen die Kommunen vor Ort ihre Bedarfe am besten und brauchen keine überbordenden Förderregularien, die am Ende nur zusätzliches Geld kosten.

Eine Evaluierung der Fördertatbestände insgesamt, so wie es die Koalitionäre in Wiesbaden verabredet haben, scheint angesichts der finanziellen Gesamtsituation deshalb geboten. Meine Hoffnung, dass man dabei insbesondere zu Vorschlägen zur Einsparung von administrativem Aufwand kommt, ist aber sehr begrenzt. Das hat mich die Erfahrung aus der Bürgermeistertätigkeit im fünften Jahr bereits gelehrt. Ich gebe zu, ich bewundere mitunter die Geduld und den Langmut meiner Mitarbeiter, mit denen sie sich durch diesen Dschungel von Anträgen, Vorschriften und Fördermodalitäten hindurch kämpfen. Vielleicht ist so eine finanzpolitische Situation auch mal ein Ansatz für den Gesetzgeber, darüber nachzudenken, wie man bürokratischen Aufwand sparen kann. Ich wäre nicht verwundert, wenn das in unserem Land ungeahnte Kräfte freisetzen würde. Stattdessen besteht angesichts der schlechten Haushaltslage des Landes die Gefahr, dass anstatt dem Erlass von Erleichterungsvorschriften einzelne Fördermöglichkeiten ganz gestrichen werden.

## **Erhalt der Infrastruktur**

Doch zurück zu unserem Haushalt: Vernunft wollen wir wahren, indem wir trotz erneut hoher Investitionen Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht halten. Dabei soll es uns gelingen, unsere anerkannt gute Qualität in der Infrastruktur für die Zukunft zu erhalten. Das manifestiert sich beispielsweise

in dem Beschluss, den wir in der vorangegangenen Sitzung gefasst haben, unser Straßensanierungs- und Unterhaltungsprogramm auf dem hohen Niveau beizubehalten, und sie nicht auf Kosten kommender Generationen verkommen zu lassen. Mit unserer digitalen Aufnahme des Straßenzustandes haben wir ein Werkzeug in der Hand, das uns unbestechlich, untermauert von Fakten, hier eine Richtschnur gibt.

### Liste der Straßeninvestitionsmaßnahmen > 40 000 Euro:

<b>Maßnahme</b>	<b>HH-Ansatz</b>	<b>VE</b>
Neubaugebiet Molzbacher Höhe	2 190 000 €	
Knotenpunkt Großenbacher Tor (bereits bereitgestellt 100 000 €)	800 000 €	
Oskar-Fuckel-Weg (bereits bereitgestellt 350 000 €)	250 000 €	
BA Berliner Straße	200 000 €	
Knoten Königsküppel	200 000 €	
Seitenstreifen Großenbacher Straße (bereits bereitgestellt 1 Mio €)	200 000 €	
Theodor-Storm-Straße	200 000 €	
Ströherstraße	150 000 €	
Lessingstraße (bereits bereitgestellt 170 000 €)	150 000 €	
Weserstraße	100 000 €	
Raiffeisenstraße (600 000 € bereits bereitgestellt)	100 000 €	
Gehweg Im Haselgrund und Wiesenfelder Weg	100 000 €	

(Gesamt 1 030 000 € bereitgestellt)		
Haselgrund Wiesenfelder Weg (bereits bereitgestellt 470 000 €)	100 000 €	
Hennebergstraße	50 000 €	650 000 €
Burgstraße	50 000 €	
1. BA Neubaugebiet Dachshöhe		300 000 €
Helfertsweg	50 000 €	
Franz-Schubert-Straße	50 000 €	350 000 €
Erschließung Helene-Weber- Straße	50 000 €	
Am Bettelstein (Gesamtbedarf 750 000 €, bereitgestellt 350 000 €)		400 000 €
Helene-Weber-Straße 2.BA	50 000 €	
Teilstrecke Elmenrodstraße Südl. Gehweg Kastanienallee	40 000 €	

Hinzu kommen viele weitere kleine Teilveranschlagungen, wo wir in die Planung einsteigen. Manche dieser Veranschlagungen sind auch notwendig, weil wir hier noch andere Straßenbaulastträger mit im Boot haben. Sie erkennen allerdings an dieser Tabelle, wir bemühen uns, das riesige Pensum aus den zurückliegenden Jahren weiter abzuarbeiten. Wir haben im Haushalt zunächst im Wesentlichen nur das neu veranschlagt, von dem wir erwarten, dass dies im kommenden Jahr auch zahlungswirksam werden kann oder wo wir die Mittelbereitstellung brauchen, um Förderanträge stellen zu können. Wir wollen die Bugwelle, die wir im investiven Bereich haben, abarbeiten, nicht noch weiter vergrößern.

Anhand dieser Liste mögen Sie aber auch erkennen, dass der Erhalt unserer Infrastruktur nach wie vor eine hohe Priorität hat, auch wenn man dafür selten öffentlichen Beifall erhält. Unsere Infrastruktur vergammeln zu lassen, war und ist keine Option auch im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Denn das wäre eine Politik nach dem Motto: Nach uns die Sintflut, sollen doch kommende Generationen sehen, wie sie klarkommen, wenn alles heruntergewirtschaftet wird. Auch das ist ein brandaktuelles Thema in den Medien, wenn man sich den Brückeneinsturz in Dresden vergegenwärtigt. Auch wir haben viele Brücken, die wir im Auge behalten müssen. Und das tun wir nach besten Wissen und Gewissen.

Wir haben uns gerade mit dem Verkehrsentwicklungskonzept bis 2035 befasst. Daraus ergeben sich sicher auch einige Investitionsmaßnahmen in den kommenden Jahren. Karl Valentin, der berühmte Münchner Kabarettist aus dem vergangenen Jahrhundert, hat einmal treffend formuliert: „Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen.“ Es gibt aber unbestechliche Verkehrszählungen und Daten, aus denen wir sicher schon heute viele Empfehlungen ableiten können, die uns in den kommenden Jahren ausreichend beschäftigen werden, egal, ob die Zukunft elektrisch oder konventionell sein wird. Menschen und Fahrzeuge, mit welchem Antrieb auch immer, brauchen intakte Straßen als Infrastruktur.

## **Für die Sicherheit der Menschen**

Vernunft wahren wir auch in den Bereichen Feuerwehren und Ehrenamt: Wir werden dieses Jahr die Modernisierung und Erweiterung des

Feuerwehrgerätehauses in Mackenzell abschließen und mit dem nächsten Projekt in ähnlicher Größenordnung in Michelsrombach beginnen. Damit arbeiten wir konsequent den Feuerwehrentwicklungsplan ab, den wir gemeinsam in der Brandschutzkommission mit den Feuerwehren erstellt und hier in diesem Hause beschlossen haben. Weiterhin stehen da auch Investitionen in den Fuhrpark und die Ausstattung an, wie Sie aus dieser Liste entnehmen können. Besonders erfreulich aus meiner Sicht, und das findet mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 970.000 Euro seinen Niederschlag in diesem Haushalt: Wir werden im Rahmen der Kooperation mit der Marktgemeinde Burghaun einen Gerätewagen Gefahrgut anschaffen, für den wir nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand nur knapp 120.000 Euro an Eigenmitteln aufwenden müssen. Den Rest schultert der Landkreis. Die entsprechende Finanzierungsvereinbarung befindet sich derzeit in Abstimmung mit dem Kreis. Sobald sie vorliegt, wird der Magistrat sie Ihnen zur Entscheidung vorlegen. Ebenso erfreulich gestaltet sich die Finanzierung des LF 20 KATS (Katastrophenschutz) für Mackenzell, das uns kostenfrei ohne Eigenmitteleinsatz zur Verfügung gestellt wird. Die Kameraden aus Mackenzell haben das gute Stück schon letzte Woche abgeholt. Lieber Theo Ziegler, ich wünsche den Mackenzellern stets gute Fahrt damit und vor allem eine gesunde Rückkehr von den Einsätzen. Für das neue Fahrzeug noch einmal Dank an die Verantwortlichen beim Kreis, aber auch an die freiwilligen Feuerwehrleute in Mackenzell, die zwar ein neues, leistungsstärkeres Fahrzeug erhalten, damit aber auch die Verpflichtung eingegangen sind, zusätzliche Aufgaben im Katastrophenschutz zu übernehmen. Auch dafür meinen Respekt.

Vorsorglich haben wir auch eine Verpflichtungsermächtigung für die Anschaffung von bis zu zwei MTW's (Mannschaftstransportwagens)

eingestellt. Hier warten wir auf die Ergebnisse der Abstimmung mit den Feuerwehren, in welchem Umfang solche Fahrzeuge für die einsatztaktischen Aufgaben benötigt werden. Je nach dem Ergebnis dieser Überprüfung wollen wir hier handlungsfähig sein.

<b>Veranschlagungen im Investitionsbereich für den Haushalt 2025</b>	
<b>Bezeichnung</b>	<b>Ansatz 2025</b>
Erweiterung Feuerwehrhaus Michelsrombach (Gesamtveranschlagung 1.345.000 €)	300.000 €
Umbau/Erweiterung Stützpunktfeuerwache – Planungskosten (Gesamtveranschlagung Planungskosten 2024: 120 000 € weiterer Gesamtbedarf: 350.000 €)	200.000 €
Beschaffung Gerätewagen-Logistik	170.000 €
Beschaffung Kommandowagen (Leitung der FW)	60.000 €
Ersatzbeschaffung Handsprechfunkgeräte	100.000 €
Beschaffung div. Ausrüstungsgegenstände	49.400 €

<b>Besondere Veranschlagungen im Ergebnishaushalt für 2025</b>	
<b>Bezeichnung</b>	<b>Ansatz 2025</b>
Dienstbekleidung	78.150 €

Ein großer Brocken, der auf uns zukommt, ist die Stützpunktfeuerwache Hünfeld. Die Freiwillige Feuerwehr Hünfeld feiert nicht nur nächstes Jahr ihr 100-jähriges Bestehen, die Stützpunktfeuerwache wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. Ein Zeitpunkt, wo auch jeder private Hauseigentümer über grundlegende Dinge nachdenken muss, zumal sich die Aufgaben der Feuerwehren in dieser Zeit erheblich gewandelt haben. In Zahlen ausgedrückt hatten wir bereits in diesem Haushaltsjahr einen ersten

Planungskostenansatz von 120.000 Euro eingestellt, für die kommenden beiden Jahre werden wir insgesamt weitere 350.000 Euro für Planungsleistungen brauchen. Allein daran wird bereits die Größenordnung dieses Vorhabens deutlich. Da werden wir im kommenden Jahr gefordert sein, gemeinsam mit unseren Feuerwehren intensiv nachzudenken und zu beraten, um hier zu zukunftsfähigen Lösungen zu kommen. Auch da ist sicher Vernunft, aber auch Weitblick gefordert, denn der unglaubliche ehrenamtliche Einsatz, den unsere Feuerwehren leisten, werden sie nur auf Dauer leisten können, wenn auch die Rahmenbedingungen und die Ausstattung stimmen. Ich habe in diesem Jahr selbst einen Grundlehrgang als Feuerwehrmann absolviert. Ich sage Ihnen ganz offen, ich kann das nur jedem empfehlen, es verändert auch den Blick auf die großartige ehrenamtliche Arbeit, die unsere Feuerwehren leisten.

## **Vereine als Basis für Gemeinschaft**

Einen großen ehrenamtlichen Einsatz sehen wir auch in unseren Vereinen. Sie sind ein wesentlicher Baustein, um Gemeinschaft zu fördern, sie sind der sprichwörtliche Kitt in der Gesellschaft. Das gilt für unsere Kernstadt und gilt umso mehr für unsere dörflichen Stadtteile. Allerdings – und auch da müssen wir ehrlich sein – die Vereine verändern sich, und die Corona-Pandemie wirkte da wahrscheinlich wie ein Brandbeschleuniger. Wir haben uns deshalb im Dialog zunächst mit den Sport treibenden Vereinen darangemacht, ein Sportentwicklungskonzept aufzustellen, das sowohl uns hier in diesem Hause, aber auch den Verantwortlichen vor Ort in den Vereinen wertvolle Entscheidungshilfen geben kann, wo wir kräftig Arbeit, finanzielle Ressourcen und Aufmerksamkeit investieren sollen und wo wir womöglich in Zukunft auch schmerzvolle Entscheidungen zum Rückbau von

Infrastrukturen treffen müssen. Denn eines ist auch den Vereinen klar: Es macht keinen Sinn, Anlagen für die Zukunft zu erhalten und mit viel Aufwand dauerhaft zu unterhalten, die nicht mehr genutzt werden, wenn diese Ressourcen an anderer Stelle vielleicht dringender gebraucht werden. Das gilt umso mehr, wenn der finanzielle Handlungsrahmen sowohl der Vereine als auch der öffentlichen Hand enger werden. Jeder Euro, den wir ins Ehrenamt investieren, verzinst sich allerdings um ein Vielfaches, dann, wenn er zielgerichtet eingesetzt wird. Auch das bedeutet, Chancen zu ergreifen. Letztlich geht es auch darum, zu schauen, wo gibt es Bedarfe, die auch außerhalb des breit gefächerten Angebotes unserer Vereine vorhanden sind. Wir sind da auf einem konstruktiven und guten Weg auch mit den Vereinen, die Vieles realistischer sehen, als es in mancher Stammtischdiskussion scheinen mag. Es geht aber auch da nur in Zusammenarbeit mit den Vereinen, so wie es bewährte Tradition in Hünfeld ist und nicht von oben herab. Allein mit der laufenden Vereinsförderung von 169.000 Euro nehmen wir viel Geld in die Hand, müssten aber sicher ein Vielfaches investieren, um denselben gesellschaftlichen Wert zu erzielen, den die Vereine für unser Gemeinwesen erbringen.

Wo wir gegenwärtig nachhaltig investieren, ist der Bike-Park in Sargenzell, der für mich ein Musterbeispiel für eine in die Zukunft gerichtete Umsetzung unserer Konzepte ist. Eine bürgerschaftliche Idee von jungen Menschen aus unserem Leitbildprozess von 2021 setzen wir getreu unseres Sportentwicklungsplans von 2024 auf einer Liegenschaft um, die angesichts des Wandels zu immer mehr Spielgemeinschaften nicht mehr für den Fußballsport gebraucht wird. Wir tun dies partnerschaftlich mit einem örtlichen Verein. Dieser hat ein Auge auf diese neue Breitensportanlage und für ihn entstehen neue Perspektiven durch dieses attraktive Angebot. So kann es funktionieren.

## **Neues Förderprogramm für die Dörfer**

Das gilt besonders für unsere Dörfer. In diesem Jahr und im letzten Jahr haben wir die letzten Maßnahmen aus dem IKEK-Programm zum Abschluss gebracht, den Dorfplatz mit Teich und Backhaus sowie das Ehrenmal in Rudolphshan sowie das Vereinshaus Kirchhasel. Mit Hilfe dieses Programms war es in den zurückliegenden Jahren auch gelungen, einen großen Teil unserer Bürgerhäuser zu ertüchtigen: wir haben den Anbau eines größeren Gemeinschaftsraumes in Sargenzell realisiert. Denken Sie auch an Dammersbach, Nüst und vor allem Kirchhasel. Wir konnten so manche Wünsche zu erfüllen, wie die Dorfplätze in Oberfeld und Rudolphshan. Es sind aber auch noch einige Wünsche offengeblieben, oder aber die Maßnahmen waren noch nicht reif. In diesem Jahr hat sich die Chance ergeben, dass wir in das Nachfolgeprogramm KEK aufgenommen werden könnten. Wir sind schon dabei, die umfangreichen Vorbereitungen zu treffen und Bewerbungsunterlagen zusammen zu stellen und hoffen, im ersten Halbjahr 2025 den Zuschlag zu erhalten. Wir haben dazu intensiv mit den Ortsvorstehern und Ortsbeiräten beraten. Wir hatten eine öffentliche Informationsveranstaltung, an der auch einige von Ihnen teilgenommen haben, und wir stehen im engen Kontakt mit der Dorfentwicklungsbehörde beim Landkreis, mit der unser Vorgehen abgestimmt ist. All das begründet die Zuversicht, dass wir hier zum Zuge kommen werden.

Auch dieses Programm ist wieder mit 1,5 Millionen Euro brutto ausgestattet. Aber, und das war auch bei IKEK so, hoffen wir natürlich, auch dieses Programm noch stärker auszureizen, wie uns das seinerzeit gelungen war. Auch dafür stehen die Chancen vorbehaltlich der Mittelbereitstellung seitens

des Landes gar nicht mal so schlecht, weil sich nur noch wenige Kommunen in Hessen in der Lage sehen, solche Förderprogramme anzunehmen, weil das ja auch immer heißt, die Eigenmittel dafür aufbringen zu müssen. Auch das wirft ein Schlaglicht auf die Finanzsituation vieler Kommunen in unserem Lande. Viele können nicht mehr investieren selbst bei hohen Förderquoten. Deshalb tun wir immer gut daran, unsere Finanzen in Ordnung zu halten, weil wir dann solche Chancen nutzen können, die den Wohnwert und die Lebensqualität auch in den Dörfern voranbringen. Andere können das schon lange nicht mehr.

Wir werden im nächsten Jahr vorbehaltlich der Erteilung eines Bewilligungsbescheides viele Vorarbeiten zu leisten haben, um diese Chancen zu nutzen. Die entsprechenden Mittel werden wir dann ab dem Haushaltsjahr 2026 veranschlagen.

### **Die „gute Stube“ unserer Stadt**

Chancen ergriffen haben wir in den zurückliegenden Monaten auch in Sachen Innenstadt. Wir haben mit einem Förderprogramm das Mobiliar erneuert. Wir haben neue Veranstaltungsformate in Kooperation mit dem Verein City-Marketing entwickelt. Beispiele sind die Kulturhappen, die After-Work-Partys, den überaus beliebten XXL-Sandkasten oder den ersten Blaulicht-Tag in unserer Innenstadt. All dies stößt auf eine zunehmende Bereitschaft seitens der Gewerbetreibenden, sich mit eigenen Aktionen anzuschließen. Denken Sie nur an die eindrucksvolle Modenschau hier vor dem Rathaus und vieles andere mehr. Wir haben ein Förderprogramm auf der Grundlage eines CDU-Antrages in diesem Jahr neu aufgelegt, um Neugründungen und Ansiedlungen zu fördern. Dieses Programm ist

mittlerweile sehr gut nachgefragt und wird ganz sicher dazu beitragen, dass sich in den nächsten Monaten einige Schaufenster wieder füllen werden. Es ist schwer, aber wir tasten uns vor auf dem richtigen Weg.

Dabei helfen wird uns ganz sicher das Entwicklungskonzept für die Hünfelder Innenstadt, das wir gerade mit intensiver Bürgerbeteiligung erstellen. Noch vor der Sommerpause im kommenden Jahr wird uns dieses Konzept vorliegen, aus dem wir sicher weitere Maßnahmen ableiten können. Denn eines ist sicher: Das ist nicht nur ein Thema für die Kernstadt, das ist ein Thema, das die ganze Stadt von Michelsrombach bis Malges beschäftigt. Das haben uns die Befragungen zum Leitbild 2021 mehr als deutlich vor Augen geführt. Es gab keinen Stadtteil, kein Quartier in der Stadt, in dem die Zukunft der Innenstadt nicht auf Platz eins oder mindestens auf Platz zwei als vordringlichste Aufgabe gestanden hätte. Diesem breiten bürgerschaftlichen Wollen sollten wir Rechnung tragen. Auch das schlägt sich natürlich in unserem Haushalt nieder. Wir haben 250.000 Euro veranschlagt, um auf der Grundlage der Ergebnisse aus dem Konzept sofort handlungsfähig sein zu können. Denn da haben wir keine Zeit zu verlieren angesichts des rasanten Wandels.

Wo wir den Fokus auf unsere Innenstadt richten, ist auch beim 25-jährigen Jubiläum unseres Hessentages, das wir im kommenden Jahr feiern können. Die Planungen laufen schon. Das Gaalbernfest wird dazu verlängert und einen größeren Rahmen erhalten, und es wird weitere Veranstaltungen geben, mit denen wir an dieses großartige Fest der Hessen in unserer Stadt erinnern wollen. Die Planungen laufen schon. Lassen Sie sich überraschen. Jede Veranstaltung, jedes Event, das Menschen in unsere Stadt und vor allem in unsere Innenstadt zieht, trägt zur Belebung bei und stärkt unsere gute Stube.

Wo wir etwas Zeit durch den Betreiberwechsel verloren haben, mittlerweile aber wieder voll in der Spur sind, ist der Co-Working-Space im Hünfelder Bahnhof. Die Bauarbeiten sind in vollem Gange und ich bin sehr zuversichtlich, dass dort schon bald die ersten Nutzer aktiv sein werden. Das kann ein wichtiger Kristallisationspunkt für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt werden. Der Dienstleistungssektor wird weiterwachsen. Dort bieten wir mit unseren Stadtwerken jungen Unternehmen, Unternehmern und Start-Ups die Chance, sich mit überschaubarem finanziellen Risiko auszuprobieren und zu entwickeln. Wir wollen frische Ideen und junge Menschen damit fördern. Außerdem haben heimische Unternehmen die Möglichkeit, hier Partner auf Zeit anzusiedeln. Durch die gemeinschaftliche Nutzung von Einrichtungen können nicht nur Synergien entstehen, sondern vielleicht auch Kooperationen, an die wir heute noch gar nicht denken. Unsere Stadtwerke investieren dort rund 320.000 Euro. Dank üppiger Fördermittel des Landes, die wir hier sehr geschickt nutzen konnten, haben wir eine exzellente Gesamtfinanzierung dieses zukunftsweisenden Vorhabens.

## **Wohnungsbau in schwierigen Zeiten**

Ein weiteres Thema, das die Gesellschaft weit über unsere Stadt hinaus beschäftigt, ist der Wohnungsbau. Ich bin der festen Überzeugung, das wird die entscheidende soziale Frage der kommenden Jahre werden. Und wir werden das Thema nicht mit zusätzlichen Regularien wie Mietpreisbremse oder anderen Abschreckungsinstrumenten für mögliche Bauherren und Investoren lösen können. Wir müssen ganz einfach Wege finden, wie wir den Mietwohnungsbau wieder ankurbeln können und die Eigentumsbildung

auch mittleren Einkommen wieder möglich machen. Wenn Wohnungen fehlen, hilft nur Bauen und Revitalisierung brachliegender Liegenschaften, wobei wir den Fokus auf die Innenverdichtung legen wollen. Nur wenn es gelingt, das Angebot wieder mit dem gestiegenen Bedarf in Einklang zu bringen, werden wir diese drängende Frage in unserem Land wieder in den Griff bekommen. Dazu sind zwei Dinge erforderlich: eine Entrümpelung des Vorschriftenwustes, der das Bauen zusätzlich verteuert, und eine zielgerichtete Wohnungsbauförderung, die nicht an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht. Beides ist leider nicht in Sicht, es ist leider eher das Gegenteil der Fall.

Als Kommune haben wir uns diesem Thema gestellt. Die AG Wohnraumförderung hat dazu Handlungsempfehlungen entwickelt, die wir hier in diesem Hause mit breiter Mehrheit angenommen haben. Im Sinne dieser Handlungsempfehlungen haben wir unser Neubaugebiet im Siedlungsdreieck Mackenzell, Molzbach und Hünfeld entwickelt, dessen erster Erschließungsabschnitt im kommenden Jahr in die Umsetzung gehen wird. Wir nehmen insgesamt rund 5,5 Millionen Euro in die Hand, um dort rund 200 Wohneinheiten zu ermöglichen. Auch das Gebiet in Großenbach, der zweite Abschnitt in Sargenzell und in Rudolphshan sind in die Vermarktung gegangen.

Und wir werden da nicht nachlassen können. Aber nicht jeder kann Eigentum schaffen. Wir müssen auch daran denken, wie viele Neubürger und Geflüchtete zu uns gekommen sind. Das hätte von Anfang an einer großen Anstrengung bedurft, den Wohnungsbau für diese Menschen mitzudenken. Stattdessen hat die gegenwärtige Regierung den Wohnungsbau fast abgewürgt. Wir haben mindestens ein Jahr verloren, in dem das Bundeswirtschaftsministerium an neuen Regularien für die

Wohnungsbauförderung gearbeitet hat, die aber offensichtlich von der Praxis kaum angenommen werden. Alles zu komplex, überladen mit Anforderungen, mit denen man Heere an Sachbearbeitern in Behörden beschäftigen kann, aber kaum einen Schub auf dem Bausektor auslöst. Auch uns in Hünfeld hat das neben der Zinsentwicklung und der Baupreisexplosion massiv betroffen, weil einige Projekte aufgeschoben oder auf Eis gelegt wurden.

Potentielle Bauherren in Hünfeld können sich aber darauf verlassen, was die Stadt tun kann, wird sie weiterhin tun, etwa mit den Vorschlägen aus der AG Wohnraumförderung oder der offensiven Boden- und Baulandpolitik, die seit Jahrzehnten ein Markenzeichen unserer Stadt ist.

Wir wollen aber noch mehr tun, auch wenn uns staatliche Ebenen hier weitgehend im Stich lassen. Wir wollen im kommenden Haushalt ein Förderprogramm zur Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus auflegen und dies mit 500.000 Euro ausstatten. Wie schon gesagt, die Wohnungsfrage ist aus meiner Sicht die entscheidende soziale Frage unserer Zeit. Wer kein bezahlbares Dach über dem Kopf findet, dem helfen keine warmen Worte. Das ist zwar eine große Herausforderung für die Stadt, weil sie hier für die Versäumnisse des Bundes in die Bresche springen muss. Aber, was bleibt uns anderes übrig, als Probleme selbst anzupacken, bei denen zunächst andere in der Pflicht gestanden hätten. Sie tun es eben nicht.

Und noch ein Weiteres wollen wir tun. Günstiger Mietwohnraum mit sozialer Bindung kann vor allem dann entstehen, wenn die Gestehungskosten im Rahmen gehalten werden. Ein Instrument, das wir schon in der AG Wohnbauförderung beraten haben, sind Erbbaurechtsgrundstücke. Wir

stellen Eigentum auf Zeit zur Verfügung, um sozialen Mietwohnungsbau zu erleichtern. Ein erstes Projekt nehmen wir im Hünfelder Nordend in Angriff, wo wir eine größere Baulücke angekauft haben, um sie im Wege des Erbbaurechts einem Investor für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Es ist ein mühseliger Prozess, umso wichtiger ist aber das Ergebnis für Menschen, die ein Dach über dem Kopf bekommen.

Auch die weitere Innenverdichtung ist ein Werkzeug, die Wohnraumbeschaffung zu erleichtern. Der unscheinbare Bebauungsplan für die Bachstraße, über den wir beraten werden, ist ein gutes Beispiel. Dort haben wir Wege geöffnet, damit in einem vorhandenen Quartier mehr Wohnraum entstehen kann. Die Erschließung und die Infrastruktur sind da, hier kann mit geringerem Aufwand mehr Wohnraum geschaffen werden als auf der grünen Wiese. Das sollten wir, das müssen wir bei der künftigen Bauleitplanung immer mitdenken, auch wenn uns hier der Gesetzgeber Schranken auferlegt. Auch so ein Beispiel, wo eine Entrümpelung der Vorschriften helfen könnte.

## **Pragmatische Wirtschaftsförderung**

Um sich den Traum vom Eigenheim, der Wohnung leisten zu können, oder in den Mietwohnungsbau zu investieren, muss erst mal Geld verdient werden. Wir haben trotz der schwierigen Rahmenbedingungen derzeit glücklicherweise hier noch eine weitgehend stabile Arbeitsmarktsituation mit überwiegend vergleichsweise sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Seit Juli ist Tegut in Betrieb und will weiter Kapazitäten ausbauen, wir haben einen neuen zentralen Verteilerstützpunkt der Post, und in die Wella-Liegenschaft ist wieder Leben eingekehrt. Auch einige Mittelständler haben

erweitert oder denken darüber nach. Unsere Aufgabe muss es weiterhin sein, vorhandenen Unternehmen die notwendigen Entwicklungsperspektiven zu gewährleisten und neuen Unternehmen bei der Ansiedlung zu helfen. Ich fand es schön, wie sich Michael Egerer, Logistik-Geschäftsführer von Tegut, kürzlich bei der Stadt für die fortwährende Unterstützung bei dieser komplexen Maßnahme bedankt hat. Das ist ein Service, den wir schon aus Eigeninteresse unseren heimischen Arbeitgebern bieten. Ohne diese konstruktive Unterstützung wäre Hünfeld in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten sicher nicht so erfolgreich gewesen. Das ist auch unter weit schwierigeren Bedingungen der Zukunft unser Anspruch, den wir auch bei der gegenwärtigen Umsetzung der Wasserstofftankstelle mit Elektrolyseur und Windrad an den Tag gelegt haben. Dieses zukunftsweisende Projekt war nur möglich, weil die Stadt dem Bauherrn in Fragen des Bau- und Planungsrechts zur Seite gestanden ist. Damit wurde ein Beitrag zur Energiewende ermöglicht, von dem wir natürlich hoffen, dass er erfolgreich werden kann.

## **Energiewende ohne Ideologie**

Wir verfolgen als Stadt ganz pragmatisch und ohne ideologische Scheuklappen konsequent den Weg der Energiewende, wünschten uns dabei allerdings häufiger einen verlässlicheren politischen Handlungsrahmen. Das könnte die Planungen und vor allem die Investitionssicherheit beflügeln. Aber damit müssen wir wohl derzeit leben. Wir setzen konsequent die Maßnahmen des Klimaaktionsplanes um, den wir hier vor zwei Jahren verabschiedet haben. Unsere Stadtwerke sind dabei nicht nur ein kompetenter Partner, sondern in vielen Dingen auch Vorreiter für die ganze Region. Beim großen Batteriespeicher sind wir es sogar in

ganz Hessen. Ihr Angebot zum Bau und Betrieb von Photovoltaik-Anlagen auf privaten Dächern wird sehr gut angenommen. Wenn Sie einen Blick in den Wirtschaftsplan der Stadtwerke werfen, werden Sie da große Investitionen gerade in zwei Bereichen finden: den Netzausbau für die kommenden Anforderungen an das Stromnetz und den Bau des Batteriespeichers, um den aus Wind und Sonne gewonnenen Strom für die Zeit der „Nachtflaute“ wieder im Netz verfügbar zu haben.

Als Stadt Hünfeld sind wir es ebenso Vorreiter bei der Anlage an unserer Kläranlage. Dort haben wir am Ende insgesamt 1,9 Millionen Euro investiert, um eine große Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einem Batteriespeicher zu bauen. Unsere Kläranlage läuft Tag und Nacht und verbraucht zu Nachtzeiten etwa 70 Prozent der Strommenge, die tagsüber benötigt wird. Mit dem Batteriespeicher wird es nun möglich sein, auch in den Nachtstunden regenerativ erzeugten eigenen Strom zur Verfügung zu haben. Die Kläranlage verbraucht etwa eine Million Kilowattstunden pro Jahr. Deshalb ist das eine Investition, die sich für alle Bürger, ob kleine Rentnerin oder großer Unternehmer, durch mehr Gebührenstabilität auszahlen wird. Hier haben nicht einige solvente Investoren die Rendite, es rentiert sich für alle Bürger unserer Stadt.

Ohnehin bin ich der Meinung, dass uns in einigen Bereichen eine dezentralere und technikoffenere Energiepolitik durchaus guttun würde. Stattdessen werden Vorgaben politisch durchgepeitscht, die uns dann auch solche Dinge wie die Monsterstromtrasse durch die Praforst bescheren. Die Politik sollte sich vielmehr wieder mehr drauf zurückbesinnen, verlässliche Rahmenbedingungen und plausible Grenzwerte zu formulieren und die technologische Umsetzung denen überlassen, die etwas davon verstehen. Haben wir denn kein Vertrauen mehr in die Ingenieurskunst unserer

Unternehmen und die Wissenschaft? Durch unsere Regulierungswut ersticken wir immer wieder gute Ideen und neue Ansätze bereits im Keim. Das scheint mir mittlerweile eine deutsche Krankheit zu sein, beseelt von einem politischen Grundverständnis, dass es die Politik im Zweifel immer besser weiß und jeden an die Hand nimmt, ob er will oder nicht, in einer übergriffig erzieherischen Art.

Das führt letzten Endes zu Verunsicherung und Politikverdrossenheit, wie uns die zurückliegenden drei Wahlabende gerade in den östlichen Bundesländern in schockierender Weise vor Augen geführt haben.

Ich bin häufig zu Gesprächen mit Bürgern vor Ort. Eine Frage, die ich dabei nicht selten gestellt bekomme, ist die Frage nach der künftigen Heizung, wenn der Gas- und Ölkessel im Altbau ausgetauscht werden muss. Ich muss ehrlich sagen, ich bin mir da selbst manchmal unsicher, was ich da antworten soll. Und das zeigt auch, zu welcher Verunsicherung das Gebäudeenergiegesetz letztlich geführt hat. Wir wollen künftig Hilfestellungen geben können und haben deshalb eine kommunale Wärmeplanung auf den Weg gebracht. Das wird etwa 120.000 Euro kosten, allerdings erwarten wir eine Förderung von 90 Prozent. Wir hatten das bereits beantragt, als dies noch nicht Pflicht für Kommunen über 10.000 Einwohnern war. Ich bin sehr gespannt, was wir da an Ergebnissen bekommen werden. Auf jeden Fall soll uns diese Wärmeplanung auch Entscheidungshilfen auf einer verlässlichen und faktenfundierten Basis für die Zukunft geben.

## **Präventiver Hochwasserschutz**

Eng mit dem Thema regenerative Energien und Klimaschutz verbunden ist auch unser großes Thema der Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und hier vor allem der präventive Schutz vor Starkregenereignissen. Ein äußerst mühseliger Kanten Brot, den wir da zu kauen haben. Kaum kommt man da in den Genehmigungsverfahren zwei Schritte voran, wird man wieder von wohlmeinenden Naturschützern abgegrätscht und muss anderthalb Schritte zurückweichen. Der Biber, so sehr wir uns über dessen Rückkehr freuen mögen, bremst uns da ebenso aus, wie andere faunistische und florale Besonderheiten, mit denen wir in der Region noch überreich gesegnet sind. Das macht es nicht leichter und führt mitunter zu fast absurden Situationen. Denken Sie beispielsweise an die Bürger in Dammersbach. Die können sicher kein Verständnis mehr aufbringen. Seit 11 Jahren wollen wir dort präventiven Starkregenschutz umsetzen. Bislang konnten wir nichts Anderes tun, als im Rahmen des gerade noch rechtlich Zulässigen den Abfluss im Dammersbach zu verbessern und Querrinnen in der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt einzubauen. Von einer Genehmigung des Gesamtkonzeptes, das wir schon 2014 vorgelegt hatten, sind wir nach wie vor weit entfernt. Wir haben trotzdem 300.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung von einer weiteren Million eingestellt, um hier handlungsfähig zu sein und ein Signal an die Dammersbacher zu geben.

Dafür haben wir in Großenbach am Vogelsang eine große Maßnahme von fast einer Million zum Abschluss bringen können und hoffen, dort im nächsten Jahr auch ein weiteres großes Einlaufbauwerk ertüchtigen zu können. In Nüst ist der Ausbau der Straße „An der Nüst“ abgeschlossen, auch dabei ist das Thema präventiver Hochwasserschutz auf der Tagesordnung. In Roßbach haben wir mit der Ulsterstraße einen großen Schritt auch für den präventiven Starkregenschutz getan und wollen weiter

marschieren im Bereich der Weserstraße. Auch für Mackenzell kommen wir mit den Planungen für eine bessere Außengebietswasserrückhaltung an der Molzbach voran. Aber es bleibt noch viel zu tun, und entgegen vollmundiger Ankündigungen nach jedem größeren Schadensereignis warten wir da bislang vergebens auf staatliche Hilfe. Wir sind da auf uns selbst gestellt.

Im kommenden Haushaltsjahr wollen wir die Sensorik für die Starkregenvorsorge weiter vorantreiben. Hier geht es vor allem um die Unterhaltung der bestehenden Sensoren und nach Möglichkeit auch um eine Erweiterung des bestehenden Systems. Mittel haben wir auch vorgesehen für die Erneuerung der Außengebietsentwässerung in Michelsrombach im Bereich der Hirschkuppe. Hier geht es zunächst um Vermessungs- und Planungsleistungen, den Bau können wir nach derzeitigem Stand frühestens in 2028 ins Auge fassen. Wir haben noch ein riesiges Paket abzuarbeiten.

Das alles dient den Menschen und dem Schutz ihres Hab und Guts. Aber, und das wird an den Zahlen deutlich: Es fordert uns finanziell enorm und wird uns weiter beschäftigen. Der Klimawandel geht unzweifelhaft weiter und damit auch dessen Folgen. Es bleibt ein Thema, das uns noch auf Jahre fordern wird. Wir wären hier vielleicht schon weiter, zögen sich die Genehmigungsverfahren durch Auflagen nicht so in die Länge.

## **Gesundheit und Pflege bleiben Herausforderungen**

Eine Herausforderung ganz anderer Art ist das Gesundheitswesen. Das ist ein ganz entscheidender Standortfaktor, das hat schon mein Amtsvorgänger Stefan Schwenk immer wieder gesagt. Wir wollen diesen Bereich weiter stärken. Uns als Kommune wird dabei eine hohe Erwartungshaltung der

Bürger entgegengebracht, dabei sind unsere Handlungsspielräume äußerst begrenzt. Immerhin ist es gelungen, eine neue Hausarztpraxis in der Innenstadt anzusiedeln. Bei einer weiteren großen Hausarzt- und Internisten-Praxis haben wir die erfolgreiche Suche nach einem Praxismachfolger begleiten können. Das Versprechen, einen zweiten Frauenarzt in Hünfeld anzusiedeln, konnte im Zusammenwirken mit der Stiftung und der Helios St. Elisabeth-Klinik im MVZ der Klinik umgesetzt werden. Diesen Bereich wollen wir weiter stärken durch die Ansiedlung eines weiteren Gynäkologen oder einer weiteren Gynäkologin. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bin ich da zuversichtlich, dass uns das gelingt.

Leider haben wir die Geburtshilfe und Gynäkologie an der Klinik aus bekannten Gründen verloren, sie war tatsächlich aus personellen Gründen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Dafür besteht aber die begründete Hoffnung, dass der Bereich Gefäßchirurgie in Hünfeld weiter ausgebaut wird.

Auch hier sind unsere Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten sehr begrenzt, und die Folgen der angestrebten Klinikreform sind erst schemenhaft erkennbar. Eines scheint aber schon jetzt absehbar: Für die kleinen dezentralen Krankenhäuser wird es nicht einfacher, obwohl es häufig genug die Kleinen sind, die derzeit weniger auf öffentliche Mittel zum Defizitausgleich angewiesen sind als viele Große. Wir zahlen etwa zehn Prozent der Kreisumlage, und wenn der Landkreis freiwillig das Städtische Klinikum in Fulda sicher aus guten Gründen mit 10 Millionen Euro unterstützt, dann sind das eine Million an Steuermitteln, die Hünfelder Bürger aufgebracht, erwirtschaftet haben.

Wir müssen da sehr gut aufpassen, was dieser bei solchen Vorhaben mitunter etwas hyperaktiv wirkende Gesundheitsminister in seinem Reformbalkkasten noch alles anpacken will und was letztlich für uns dabei herauskommt. Sein sozialdemokratischer Amtskollege in Hessen hatte da für die Umsetzung der Reform schon mal eine zumindest für die Fuldaer erfolgversprechende Idee, in jedem regionalen Cluster eine Klinik, für Osthessen sicher das Klinikum Fulda, auszuwählen. Auf dieselbe Idee war vor ihm schon sein grüner Amtsvorgänger in der Corona-Zeit gekommen. Dem soll dann die Aufgabe zukommen, den Mitbewerbern die dann noch erlaubten medizinischen Leistungen zuzuteilen: Die Guten ins Kröpfchen und ... – alles Weitere mögen Sie sich denken. Und das muss nicht immer mit der medizinischen Qualität der erbrachten Leistungen zu tun haben. Das sind planwirtschaftliche Steuerungselemente. Ob sie am Ende zu dem gewünschten Ergebnis einer besseren und effizienteren Versorgung der Patienten führen, lasse ich mal dahingestellt sein. Mir missfällt bei der ganzen Reformdiskussion aber, dass hier wieder mal das Pferd von hinten aufgezäumt werden soll. Die Probleme sind aber viel grundlegenderer Art. Haus- und Fachärzte, Krankenhäuser, das muss zusammengedacht werden, weil alle Säulen unseres Gesundheitswesens auf tönernen Füßen stehen. Da muss man sich nur die Altersstruktur der Niedergelassenen ansehen. Hier wird nur an einem Körperteil herumgedoktert, am Ende ist der Patient tot und der Gesundheitsminister wundert sich.

Wir haben ebenso keinen Einfluss auf Entscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigung, wir werden als kommunale Familie nicht gehört bei der großen Krankenhausreform, wir müssen aber irgendwie sicherstellen, dass wir auch in Zukunft eine gute und verlässliche medizinische Versorgung haben. Das erwarten die Bürger auch von uns. Und deshalb werden wir alles tun in dem kleinen Handlungsrahmen, der uns zur Verfügung steht, Schlimmeres

abzuwenden und die Sicherheit und Qualität der medizinischen Versorgung vor Ort zu gewährleisten. Da erwarte ich auch von Ihnen allen, dass Sie über ihre parteipolitischen Schienen alles dazu beitragen, Nachteiliges abzuwenden und den Standort zu stärken. Das wird in den kommenden Jahren sicher eine große Herausforderung, bei der wir alle zusammenstehen müssen. Sprechen Sie mit Ihren Kollegen im Kreistag, auf Landesebene und im Bund. Ich tue es schon.

### **Kinderbetreuung als bleibende Herausforderung**

Herausfordernd bleibt nach wie vor auch das Thema Kinderbetreuung. Nie zuvor hat die Stadt Hünfeld in diesem Umfang mehr in dieses Thema investiert, als in diesem Jahrzehnt. Neubau der Arche Noah, Bau der Kita Molzbacher Berg, Einrichtung von Konrads City-Kids. Und da sind wir noch lange nicht am Ende. Bald wird die Kita St. Ulrich nach dem grundlegenden Umbau fertig werden. Rechtzeitig zum Nikolaustag soll der Rückzug der Kinder in ihre von Grund auf modernisierte Kindertagesstätte erfolgen. Dann können sie mit frohem Herzen singen „Lasst uns froh und munter sein...“.

Mit der Kita Heilig Kreuz steht schon das nächste Projekt vor der Tür. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich dem evangelischen Pfarrer Jürgen Gossler danken, der in den Verhandlungen stets das Wohl der Kinder vorangestellt hat und nicht die Finanzen. Wir werden dort rund drei Millionen Euro in die Hand nehmen müssen, um diesen traditionsreichen Kindergarten auf einen modernen Stand zu bringen, und wir sind uns einig, dass die Stadt dazu das Gebäude übernimmt, vorbehaltlich der Zustimmung der kirchenaufsichtlichen Behörden. Die Kaufpreisbildung und Vertragsgestaltung ist dabei gekennzeichnet von dem Willen der örtlichen

Kirchengemeinde, möglichst zu einem Optimum im Interesse der Kinder und ihrer pädagogischen Betreuung beizutragen.

Auch in Mackenzell gibt es Handlungsbedarf, wenn dort die Dinge mit der Kirchengemeinde positiv geklärt werden können.

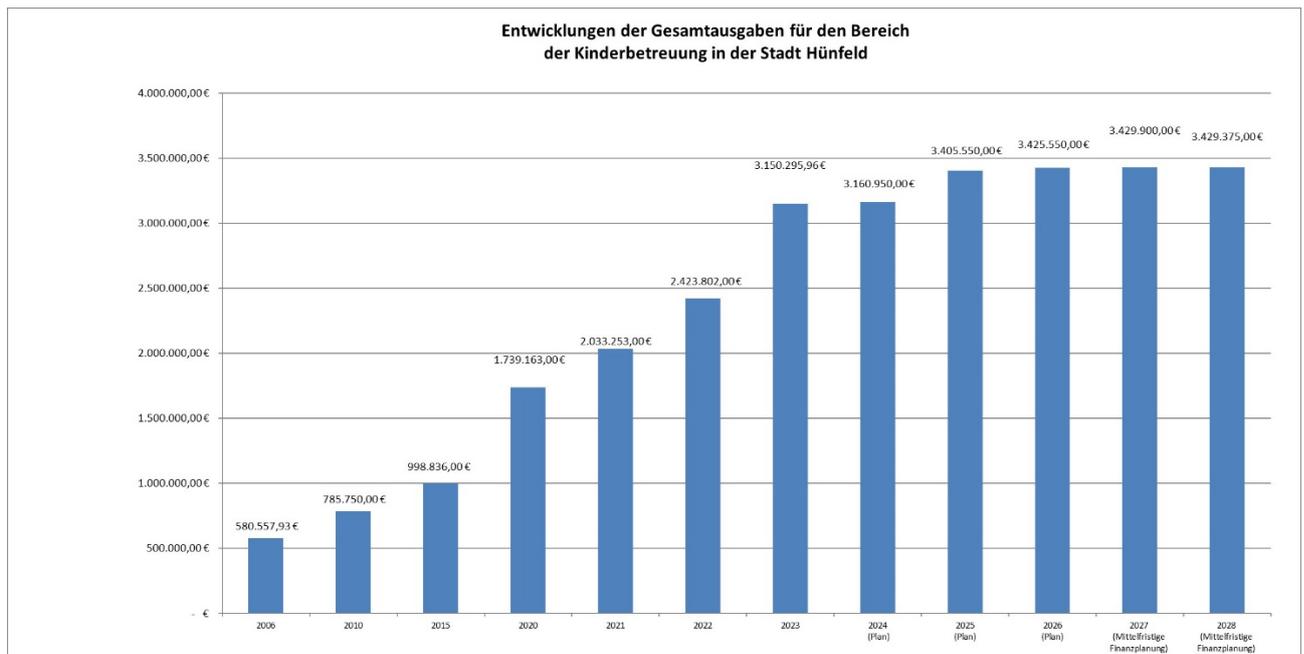
Um ein möglichst gutes und breitgefächertes Angebot für junge Eltern in unserer familienfreundlichen Stadt zu haben, wollen wir auch neue Wege gehen. Mit der Kita Buchfinkenland denken wir gegenwärtig über einen Bauernhofkindergarten als Außengruppe nach und wollen die entsprechenden Planungen unterstützen. In Zahlen sprechen wir von einer städtischen Investition von 100.000 Euro, was angesichts der Baukosten für Kindertagesstätten ansonsten fast bescheiden wirken mag. Auswahlmöglichkeit, Qualität und Trägervielfalt, das ist der Anspruch, der uns auch finanziell sehr fordert. Wir haben in den zurückliegenden Jahren rund 14 Millionen Euro in unsere Kindertagesstätten investiert und ein Ende ist nicht absehbar. Dabei stehen wir in einer Situation, in der die gesetzlichen Anforderungen mit wohlklingenden Wortschöpfungen wie dem „Gute-Kita-Gesetz“ zwar die Personalausstattung und die Kosten treibt, die Höhe der Förderung für die Bauvorhaben zeigt allerdings leider in eine andere, gegenteilige Richtung. Hier hätten wir uns vom Bund sicher mehr erhofft, als uns beispielsweise für den Molzbacher Berg zugestanden wurde. Angesichts der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Lage scheint es da aber wenig Hoffnung zu geben, dass sich hier grundlegend etwas ändert, wie ich eingangs schon betont habe.

Doch nicht nur der Bau, auch der Betrieb der Kindertagesstätten ist ein großer Kraftakt für die kommunale Familie. Als ich hier als junger Stadtverordneter angefangen habe, lagen wir bei laufenden Kosten von weit

unter einer Million Euro für den Betrieb aller Einrichtungen. Heute sind wir schon jenseits der drei Millionen Euro angelangt. Allein der Zuschuss, den wir an die B- und St. Elisabeth-Stiftung zur Finanzierung der Kita-Aufwendungen abführen, steigt im kommenden Jahr um weitere 400.000 Euro auf mittlerweile 2,3 Millionen Euro. Hätten wir nicht die Zinserträge aus den Stiftungen, müssten wir auch das voll aus dem laufenden Haushalt stemmen. Uns tut das finanziell sehr weh, andere Kommunen müssen schon heute kapitulieren.

Ich weiß, jeder Politiker landauf landab erzählt, wie sehr ihm die Kinderbetreuung am Herzen liegt und das zu Recht. Aber auch bei diesem Thema müssen wir uns ehrlich machen, es wird nicht endlos weitergehen können, und die Frage muss schon gestattet sein, warum ist Kinderbetreuung in Thüringen, einem vielgepriesenen Musterland in Sachen Kinderbetreuung, so viel wirtschaftlicher, aber sicher nicht schlechter. Ich denke dabei beispielsweise an unsere letzte Zusammenkunft mit unseren Freunden aus Geisa, die nicht schlecht über unsere Zahlen gestaunt haben.

Um Ihnen das zu verdeutlichen, dazu noch einmal die Zahlen der Entwicklungen der vergangenen Jahre:



Auch wenn es ein unglaublicher Kraftakt ist, die baulichen Rahmenbedingungen zu schaffen, das gelingt uns. Was mir noch größere Sorge bereitet, ist die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal. Wir unterstützen unsere Träger nach Kräften, allerdings, und das ist ebenso wahr, bei manchem Sozialpolitiker gerade in Vorwahlzeiten ertappt man sich bei dem Gedanken, er könnte Mitglied eines dieser neuen Cannabisclubs sein, wenn er verspricht, die Qualität der Kindertagesstätten durch zusätzliches Personal noch weiter erhöhen zu wollen. Die Fachkräfte – sind – einfach – nicht – da. Und die können wir uns auch kurzfristig nicht backen, so sehr dies wünschenswert wäre. Wir haben es bislang geschafft, unsere qualifizierten Träger haben es geschafft, genügend Fachkräfte zu gewinnen, es wird aber immer schwerer. Zur Wahrheit gehört aber auch, einige Träger schaffen es derzeit noch ganz gut, andere tun sich schon schwerer und mussten sogar bereits Betreuungszeiten aus Personalmangel faktisch reduzieren.

Die Familienfreundlichkeit bemisst sich aber nicht allein an den Kindertagesstätten und deren Ausstattung. Wichtig aus meiner Sicht sind

auch die Spielplätze. Hier möchte ich der Kinder- und Jugendkommission unter Vorsitz meiner Magistratskollegin Karin Grosch mal ein großes Kompliment aussprechen. Wir investieren jedes Jahr rund 100.000 Euro in den Betrieb der Spielplätze und geben weitere 115.000 Euro für deren Weiterentwicklung aus. Kommendes Jahr sind da keine spektakulären Neugestaltungen von Spielplätzen vorgesehen. Wir wollen uns getreu der Empfehlungen der Kommission für Kinder- und Jugendangelegenheit darauf konzentrieren, vorhandene Plätze aufzuwerten mit neuen Spielgeräten und Ersatzbeschaffungen. Der Magistrat ist dabei stets den Empfehlungen der Kommission gefolgt und die Resonanzen der Eltern, aber vor allem der Kinder als den wahren Spielplatzexperten, sind positiv.

Wir wollen im kommenden Haushaltsjahr dabei noch einen weiteren Akzent setzen. Wir haben 50.000 Euro für einen neuen Calistenics-Park eingestellt, ein Ergebnis der Zukunftswerkstätten mit Jugendlichen aus diesem Jahr. Das ist mit Sicherheit eine große Bereicherung des Angebotes und kann den Jugendlichen signalisieren, wir greifen eure Anregungen auf, wir nehmen sie ernst und setzen sie nach Möglichkeit um. Ich musste auch erst lernen, was das ist. Das sind sogenannte Stationen für das „Street-Workout“. Und wenn Jugendliche sich hier treffen und trainieren, ist das sicher eine gute Sache, zumal die Idee von ihnen kam.



## **Radwegeausbau geht nur langsam voran**

Ein Investitionsschwerpunkt ist und bleibt auch der Radwegeausbau, für den wir in den zurückliegenden Jahren im Schnitt jeweils etwa eine Million Euro ausgeben wollten. Die Haushaltsmittel unsererseits stehen zur Verfügung. Wir wären da sicher schon erheblich weiter, wenn die Fördermittel entsprechend fließen würden. Auch hier gibt es viele bürokratische Hürden. Manchmal ertappt man sich bei dem Verdacht, diese Hürden werden umso höhergeschraubt, je leerer die Kassen der Zuwendungsgeber werden.

Wir haben viele positive Rückmeldungen bekommen für die Umsetzung des Radwegekonzeptes in der Kernstadt, es fällt ins Auge mit den auffälligen Rotmarkierungen der Radwege. Ein Projekt, das uns besonders am Herzen liegt, ist dabei die Unterquerung der Landesstraße bei Nüst zur

Straße „An der Bahn“. Hier waren wir, ich sage es mal, positiv überrascht von dem kooperativen Verhalten seitens der Bahn, die uns neben den Gleisen in der Unterführung den Bau eines Radwegeabschnittes gestatten will. Damit könnten wir einen latenten Gefahrenpunkt nachhaltig entschärfen, nämlich den Übergang vom Nüsttal- und Hauneradweg zum weiteren Verlauf des Hauneradweges in Richtung Norden. Kein Radfahrer müsste dann noch auf der vielbefahrenen Landesstraße an der Anschlussstelle Hüfneld-Süd queren. Sicher gerade für Familien, aber auch Senioren ein großer Zugewinn an Sicherheit. Die Optimierung Hauneradweg im Bereich Bahnunterführung Brückenmühle ist infolge der langen Bearbeitungszeiten der Fördermittel allerdings ebenfalls erst in 2026 zur Umsetzung realistisch. Hier wurde vor einigen Tagen die Förderzusage für die ersten Leistungsphasen der Planung gegeben. Auch der Grunderwerb ist in Teilen noch nicht gesichert. Die ersten Planungsphasen werden aber in Kürze beginnen.

Auch die Neubeschilderung der vorhandenen Radwege in unseren Stadtteilen im Rahmen des Radwegegesamtkonzeptes steht vor dem Abschluss. Es bleibt aber noch viel zu tun im kommenden und in den folgenden Jahren.

Für den Radweg Königsküppel wurden gerade weitere Leistungsphasen zur Planung vergeben. Es handelt sich hierbei um einen kombinierten straßenbegleitenden Geh- und Radweg auf einer Länge von 375 Meter und einen Gehweg mit einer Länge von 130 Meter. Die Kosten sind mit rund 400.000 Euro veranschlagt.

Erst wenn diese Leistungsphasen erbracht wurden, können wir weitere Fördermittel beantragen. Je nach Bearbeitungszeit des Förderantrags

könnte frühestens im Herbst 2025 mit den Arbeiten begonnen werden. Aus meiner Sicht ist aber derzeit eher eine Ausführung im Jahr 2026 realistisch.

In 2026 ist eine Radwegeverbindung vom Königsküppel, entlang des Teo-Markt-Standortes in Richtung Logistikpark, inklusive Fahrbahnquerung der Landesstraße und ein Radweg südlich der Wäscherei Kruppert bis zur Einmündung der Europastraße zur Anbindung an den Logistikpark vorgesehen.

Zur Ausführung in 2025 könnte der Radweg Rückers – Marbach kommen. Hier sprechen wir von einer Gemeinschaftsmaßnahme mit der Gemeinde Petersberg.

Wir haben aber noch viel auf der Liste, wo wir von Vereinbarungen mit unseren Nachbarkommunen und der Chance auf Förderzusagen abhängig sind. Deshalb finden sie im aktuellen Haushalt eine Sammelanmeldung von 400.000 Euro und es gibt Restmittel aus Vorjahren, damit wir jederzeit handlungsfähig sind. Was wir insgesamt wollen, hatten wir bereits im Rahmen unserer Radwegekonzeption hier in diesem Hause beschlossen.

## **Kultur, Werte und Brauchtum**

Ich habe bewusst diese Überschrift für meine folgenden Ausführungen gewählt. Kultur ist Nahrung für die Seele, Kultur stärkt das Wertegerüst, das unsere Gesellschaft zusammenhält, und Brauchtum ist nichts Gestriges, sondern schafft Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund ist es mir sehr wichtig, dass wir nicht nur unsere Kulturvereine im bisherigen Umfang weiter fördern. Wichtig ist auch, die Schätze zu bewahren, die wir

beispielsweise in unseren beiden Museen hüten. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass Ehrenamtlichkeit auch hier an Grenzen gerät und wir bei Manchem neue Wege gehen müssen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir mit unseren Workshops zur Zukunft unserer Museen hier sehr konstruktiv nach gemeinsamen Wegen gesucht haben, um diese Schätze auch künftig zu bewahren. Da wurden wir sicher vor einige Entscheidungen gestellt, die einer gründlichen Beratung vorbereiten mussten. Umso mehr freue ich mich, dass wir Ihnen schon in der nächsten Sitzung ein mit Vertretern aller Fraktionen ausgearbeitetes Handlungskonzept in Form eines Eckpunktepapiers vorlegen können, um dieses Ziel zu erreichen. Und ich sage allen, die daran so konstruktiv mitgewirkt haben, herzlich Danke. Danke auch an alle Ehrenamtlichen und Kultur tragenden Vereine. Wir haben in Hünfeld für eine Kleinstadt ein bemerkenswert vielfältiges Angebot, wir haben es aber auch und insbesondere, weil sich Menschen hier hervorragend engagieren. Dabei werden Werte vermittelt, die für eine intakte Stadtgesellschaft unverzichtbar sind.

## **Sozialarbeit und Integration**

Nur eine wertegeleitete Gesellschaft wird auch mit den vor uns liegenden sozialen Aufgaben und Herausforderungen fertig werden können. Auch in unserer Stadt wird der Anteil der Menschen größer, die aufgrund sozialer Fragen, aber auch ihres Alters zunehmend auf Hilfe angewiesen sind. Wie froh können wir da sein, dass wir mit dem DRK einen Partner haben, der in vielen Fragen unser Dienstleister ist und das sicher auch dank des ehrenamtlichen Einsatzes viel besser leisten kann, als es uns selbst möglich wäre. Ich denke dabei beispielsweise an unsere Bürgerbusse, an die Seniorennachmittage, die Seniorenfahrt und Seniorenausflüge, die

Besuchsdienste, die Tafel, die Kleiderkammer und vieles andere mehr. Auch hier werden die Anforderungen angesichts des demografischen und leider auch des sozialen Wandels steigen. Ich empfehle Ihnen beispielsweise mal die Angebote unseres Jugend- und Familienzentrums oder des Quartiersmanagements im Nordend zu studieren. Oder schauen Sie sich mal im Generationentreff des DRK um. Wir sind hier mit Sicherheit schon besser aufgestellt als viele andere, aber wir dürfen nicht stehen bleiben.

Das gilt auch für das Thema Integration von Neubürgern. Ich will hier nicht in die Diskussion um Begrenzung der Zuwanderung einsteigen, jedoch gibt es aber ganz einfach tatsächliche und faktische Grenzen, an die wir Kommunen zunehmend stoßen. Uns als der untersten staatlichen Ebene werden die Menschen überantwortet, wir müssen uns täglich diesen Herausforderungen stellen. Dass dies in Hünfeld bislang vielleicht besser als in anderen Regionen zu gelingen scheint, das haben wir auch dem großartigen ehrenamtlichen Einsatz beim DRK, beim PIT-Treff, in Kirchengemeinden und auf anderen Ebenen zu verdanken. Wir müssen uns weiter diesen Themen annehmen, dürfen aber auch Land und Bund hier nicht aus der Verantwortung entlassen.

Mit welchem Ethos und welchem Ziel wir das tun, darüber berät unsere Integrationskommission, die dazu auch ein eigenes Leitbild erstellen will. Leitbilder waren und sind für uns kein beschriebenes Papier für die Schublade, das haben wir ja nachdrücklich im Umgang mit unserem Leitbild für die Stadt Hünfeld bewiesen, auf das ich hier von dieser Stelle aus immer wieder verweisen kann. Auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes sollen bedrohte Menschen bei uns Schutz finden. Wir brauchen Zuwanderung, die auch Chance sein kann, entstehende Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen. Wir brauchen andererseits aber auch die

Konsequenz, Menschen, die keines Schutzes bedürfen oder die nicht bereit sind, sich in unsere regelbasierte gesellschaftliche Werteordnung zu integrieren unter Beachtung humanitärer und rechtsstaatlicher Fragen abzuweisen.

Im vergangenen Jahr hatten wir vorsorglich 400.000 Euro für eine Containersiedlung bereitgestellt. Wie Sie wissen, hat der Landkreis eine weitere große Liegenschaft in Mackenzell angepachtet, sodass wir die Container glücklicherweise nicht gebraucht haben. Wann die Liegenschaft in Mackenzell belegt werden kann, ist derzeit noch offen.

Wir haben in Hünfeld jetzt 600 Menschen aus anderen Kulturkreisen und Ländern aufgenommen, nach Fulda weit mehr als jede andere Kommune im Kreis. Ich sehe die Aufnahmemöglichkeiten und vor allem die Integrationsmöglichkeiten in unserer Stadt derzeit als erschöpft an. Wir können unsere Ehrenamtlichen, die hier Herausragendes leisten, nicht völlig überfordern, so lange es andere Kommunen im Kreis gibt, die sich bei diesem Thema, sagen wir es mal, in großer Zurückhaltung üben. Ich bin da ganz offen der Meinung, und habe dies auch gegenüber dem Landkreis sehr deutlich kommuniziert, jetzt sind erstmal andere dran nach dem Solidarprinzip, das alle Bürgermeister im Kreis in einer Vereinbarung unterschrieben haben. Deshalb haben wir auch für 2025 keine Mittel für den Bau weiterer Unterkünfte eingeplant.

## **Personalentwicklung als zentrales Thema**

Ich gebe freimütig zu, ich bin in vielen Dingen ein ungeduldiger Mensch. Manches geht mir nicht schnell genug und vielleicht verlange ich von Mitarbeitern auch manches Mal zu viel. Aber, und das sage ich hier ebenso deutlich, unsere Stadtverwaltung mit all ihren Gliederungen, unsere Stadtwerke sind bei der breiten Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu recht angesehen für ihre Arbeit und ich habe hier den Eindruck, das gilt gleichermaßen für dieses Haus.

Wir sind gegenwärtig in einer Phase, in der sich ein Generationswechsel vollzieht. Erfahrene Mitarbeiter mit vielen Kenntnissen, darunter auch einige Führungskräfte, sind in den Ruhestand gegangen oder stehen davor in den kommenden Jahren. Wir haben neue Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen, auch durch Beschlüsse dieses Hauses. Wir haben eine neue Generation an Führungskräften entwickelt, die diese Lücken schließen, und diese Führungskräfte sind zu einem erheblichen Teil weiblicher, als dies noch in vorhergehenden Generationen der Fall war. Und das ist gut so. Wir tun allerdings gut daran, wenn wir diesen Mitarbeitern die Chance geben, noch eine Weile von den erfahrenen Kräften, die am Ende ihres Berufslebens stehen, begleitet zu werden, dass sie daran wachsen und von deren Erfahrungsschatz profitieren können. Deshalb werden wir Überlappungszeiten brauchen, in denen die älteren noch da sind, und die jüngeren in der neuen Verantwortung davon profitieren können. Das hat sich sehr bewährt und findet auch seinen Niederschlag in den Stellenplänen, die Bestandteil dieses Haushaltes sind. Auch dafür bitte ich Sie ausdrücklich um Ihre Zustimmung.

Wir stehen in einem zunehmenden Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Köpfe und müssen dabei auch neue Wege gehen, den

Nachwuchs für uns zu gewinnen. Wer hätte da mehr Kompetenz als unsere jungen Leute selbst, die richtige Ansprache zu finden. Ich finde es klasse, wie sich unsere Azubis in Social-Media-Projekten eingebracht haben, um ihre Altersgenossen für eine Ausbildung und Zukunftsperspektive bei uns zu begeistern. Deshalb möchte ich Ihnen hier ein kurzes Video nicht vorenthalten:

### Video Nachwuchsgewinnung

Nicht zuletzt ist dieses Zahlenwerk, das ich Ihnen heute zur Beratung vorlege, ein Ausdruck der qualifizierten Arbeit unserer Verwaltung. Sie hat all das, was wir hier beraten haben und das, was die Ortsbeiräte vorgeschlagen haben, in dieses Zahlenwerk gegossen. Ich danke der Kämmerei, Herrn Joachim Wehner und seinem Team, aber auch allen leitenden Mitarbeitern und Sachbearbeitern, für diese Arbeit und übergebe Ihnen das Zahlenwerk, nicht ohne erneut darauf hinzuweisen, unserer Gesellschaft droht ein wesentlicher Teil des Zusammenhaltes abhanden zu kommen. Umso mehr sind wir hier gefordert, wie ich eingangs schon betont habe, uns konstruktiv und sachlich mit diesem Zahlenwerk auseinanderzusetzen. Eine breite Zustimmung wäre sicherlich auch ein Signal, dass wir hier an einem Strang ziehen, um unsere Stadt gemeinsam voranzubringen. Wider den Ungeist der Spaltung, wider den Eindruck der Zerrissenheit, für eine gute Zukunft unserer Stadt auf allen Ebenen, der wir verpflichtet sind.

Vielen Dank!